



Ausgabe 13

02. Mai 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein aktueller Abgeordnetenbrief bietet Ihnen wieder einen Einblick in meine Tätigkeit als Landtagsabgeordnete. Zwei Themen bestimmen derzeit stark meine politischen Aktivitäten im Landtag. Zum einen der Breitbandausbau im Freistaat Bayern, für den es nun nach vier Monaten förderloser Zeit zumindest ein Konzept gibt, und zum zweiten die Fortschreibung des Landesplanungsgesetzes (LplG) bei welcher so wichtige Themen wie Bildung, Soziales und Kultur als Ziel der Landesentwicklung gestrichen werden sollten. Eine Fachkonferenz unter meiner Leitung Ende März im Landtag hat deutlich gemacht, dass nicht nur die SPD-Landtagsfraktion erheblichen Nachbesserungsbedarf beim vorliegenden Gesetzesentwurf sieht, sondern auch unzählige Verbände und Institutionen. Mittlerweile haben die Regierungsfaktionen zahlreiche Änderungen zum Vorschlag ihrer eigenen Regierung eingebracht.

Herzliche Grüße
Ihre Landtagsabgeordnete
Annette Karl

In dieser Ausgabe meines Abgeordnetenbriefes lesen Sie:

1. Besuch im Landtag
2. Ja zur Kinderbetreuung! Nein zum Betreuungsgeld!
Initiativen der SPD-Landtagsfraktion. Massenpetition der BayernSPD
3. Organspende und Knochenmarkspenderdatei
4. Landesplanung: Für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern
5. SPD spannt Rettungsschirm für die Pflege auf
6. Oberpfalztag mit Christian Ude
7. Antrittsbesuch beim neuen Kommandeur der US-Armee in Grafenwöhr
8. Kontaktdaten
9. ... zum Schluss
10. Impressum

1. Besuch im Landtag

Das bayerische Wassergesetz und der Länderfinanzausgleich waren einige der diskutierten Themen, welche die 50-köpfige Besuchergruppe während ihres Besuches der Plenarsitzung des Bayerischen Landtags verfolgen konnten. Die Teilnehmer aus dem Stimmkreis Weiden-Neustadt zeigten sich beeindruckt von der Arbeit im Landtag. Gestartet wurde der Besuchstag in München mit einer Stadtrundfahrt vorbei an zahlreichen Sehenswürdigkeiten der Landeshauptstadt.



2. Ja zur Kinderbetreuung! Nein zum Betreuungsgeld!

Für den flächendeckenden Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagsbetreuung.

Initiativen der SPD-Landtagsfraktion. Massenpetition der BayernSPD

Eltern müssen sich darauf verlassen können, einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen. Das hat Priorität. Dafür sind erhebliche Investitionen erforderlich, denn insbesondere in Bayern gibt es einen enormen Nachholbedarf für Betreuungsplätzen. Bundesweit liegt der Freistaat mit 5,9 Prozent an letzter Stelle in der Ganztagsbetreuung für Kinder unter drei Jahren - der Bundesdurchschnitt beträgt 12,9 Prozent (aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes).



Doch trotz Warnungen auch von den Gewerkschaften und Arbeitgebern, von Familien- Wohlfahrts-, Sozial- und Frauenverbänden bis hin zum katholischen Landfrauenverband hat sich die CSU in das Betreuungsgeld verbissen, das ab 2013 an jene Eltern ausgezahlt werden soll, die Ihre Kinder von frühkindlichen Bildung- und Betreuungseinrichtungen fernhalten. Zuletzt hatte die CSU im Bayerischen Landtag einen SPD-Dringlichkeitsantrag abgelehnt, der die falschen Anreize und die finanziellen Fehlsteuerungen in Milliardenhöhe durch die Einführung eines Betreuungsgeldes stoppen wollte. Doch der Druck auf die CSU und ihren Kurs des gesellschafts- und bildungspolitischen Rückschritts wird weiter wachsen.

Um ihn in Bayern zu bündeln hat die BayernSPD zu einer Massenpetition aufgerufen: Darin werden Landtag und Staatsregierung aufgefordert, den Ausbau der Kinderbetreuung massiv voranzutreiben und sich im Bundesrat gegen die Einführung des Betreuungsgeldes einzusetzen.

Die Argumente:

- § Das Betreuungsgeld verhindert frühkindliche Bildung in Kitas und beeinträchtigt die Zukunftschancen von Kindern. Es erschwert die Integration von Kindern aus Einwandererfamilien und behindert die Rückkehr von Frauen ins Arbeitsleben. Das Betreuungsgeld ist ein milliardenschweres staatliches Programm zur Verhinderung von Aufstiegschancen und vertieft soziale Ungerechtigkeit.
- § Wahlfreiheit können Eltern nur haben, wenn sie sich darauf verlassen können, im Bedarfsfall einen Betreuungsplatz für ihr Kind bekommen zu können. Um den Bedarf zu decken, sind die Milliarden unbedingt nötig, die die CSU stattdessen ins Betreuungsgeld stecken will.
- § Das Betreuungsgeld macht den Wiedereinstieg in den Beruf für Frauen unattraktiver – mit der Folge, dass sie ohne Arbeit besonders von Armut gefährdet und durch fehlende Rentenansprüche insbesondere von Altersarmut bedroht sind.

Unser Ziel ist es bis zum 1. Juli so viele Unterschriften zu sammeln, dass der bayerische Landtag und die Staatsregierung Farbe bekennen müssen, ob sie am bildungs- und gesellschaftspolitischen Rückschritt wirklich festhalten wollen.

Auch in meinem Abgeordnetenbüro, bei den SPD-Ortsvereinen und Geschäftsstellen stehen die Unterlagen für die Massenpetition zur Verfügung. Wir werden an Infoständen in den nächsten Wochen Unterschriften für den Ausbau der Kinderbetreuung sammeln.

Auch Online haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich genau zu informieren, Materialien herunter zu laden und sich elektronisch in die Petition einzutragen:



120 Unterschriften auf der Petition sind die Bilanz eines Infostandes in der Weidener Fußgängerzone, welcher auf Initiative von Wolfgang Göldner, Vorsitzender OV Weiden-Mitte stattfand.

Ja zur Kinderbetreuung. Nein zum Betreuungsgeld.
Die Massenpetition im Internet
<https://petition.bayernspd.de/>

Die Petitionsseite bei Facebook:
<http://www.facebook.com/JA.zu.mehr.Kinderbetreuung>

Auf Bundesebene startet die SPD ebenfalls eine Kampagne für den energischen Ausbau der Kinderbetreuung. Denn ab 2013 haben die Eltern in Deutschland einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz auch für Kinder unter drei Jahren.

Weitere Links zum Thema:

§ **Ja zu mehr Kinderbetreuung - Kommunen unterstützen!
Die Milliarden richtig investieren - Nein zum Betreuungsgeld!**
Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Landtagsfraktion
<http://www.bayernspd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14804>

§ **Wir brauchen das Geld für die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen.
Wir brauchen kein Geld zur Schaffung falscher Anreize.**
Rede von Natascha Kohnen, MdL
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion
im Bayerischen Landtag am 18.04.2012 (PDF):
<http://byspd.de/108z4>

Betreuungsgeld ist arbeitsmarkt- und bildungspolitischer Rückschritt

Gemeinsame Erklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB)
http://www.dgb.de/presse/++co++e905f4e0-879e-11e1-5e3e-00188b4dc422/@_@index.html

Frauen gegen das Betreuungsgeld Stoppt den Herdprämien-Unsinn!

Frauen aus ganz Deutschland stellen sich gegen das Betreuungsgeld: In einer Umfrage von SPIEGEL ONLINE sagen sie, warum sie den Plan der schwarz-gelben Koalition für falsch halten. Mit dabei sind auch prominente Unionsanhängerinnen.
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,828027,00.html>

3. Organspende und Knochenmarkspenderdatei

Die Deutsche Knochenmarkspenderdatei (DKMS) feiert in diesem Jahr ihren 20. Geburtstag. Aus diesem Anlass fand vor kurzem ein erfolgreicher Aktionstag statt – die DKMS sammelte in Bonn 2.406 neue potenzielle Stammzellspender innerhalb von 24 Stunden. Damit gelang ein Eintrag in das Guinnessbuch der Rekorde. Wenn Sie sich gerne registrieren lassen möchten geht dies ganz einfach auf der Homepage www.dkms.de – Sie erhalten von dort ein kleines Päckchen mit einem Wattestäbchen, welches sie dann wieder zurücksenden.



Auch bei dem wichtigen Thema Organspende hat sich in der letzten Zeit einiges getan. So sollen zukünftig alle Versicherten regelmäßig dazu abgefragt werden, wie sie zu einer möglichen Organspende stehen. Weitere Informationen dazu: www.organspendeausweis.org

4. Für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern Landesplanung ist das wichtigste Instrument, um gerechten Ausgleich unter den Regionen zu schaffen. SPD setzt durch: Bildungschancen und Gesundheit gehören dazu.

Hartnäckigkeit führt zum Erfolg für die Bewohnerinnen und Bewohner der ländlichen Räume Bayerns, die durch die liberale Landesentwicklungspolitik des Wirtschaftsministers immer weiter von den Boomregionen abgehängt zu werden drohten. „Buchstäblich auf den letzten Drücker haben die schwarz-gelben Regierungsparteien erkannt, dass die Landesplanung auch die Bereiche Bildung und Gesundheit umfassen

muss, wenn tatsächlich die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse das Ziel sein soll“, so meine Feststellung nach einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses im Landtag feststellen können. Denn zu 100 Prozent sind CSU und FDP mit ihren Änderungsanträgen zum Landesplanungsgesetz auf unsere Linie eingeschwenkt.

Das hatte ich als für die Entwicklung der ländlichen Räume in Bayern zuständige Abgeordnete seit Vorlage des Gesetzentwurfes der Staatsregierung im Januar angemahnt und entsprechende Änderungsanträge mit der Landtagsfraktion gestellt. Eine Fachkonferenz der SPD-Landtagsfraktion und alle Stellungnahmen der Verbände hatten deutlich gemacht, wie isoliert der Wirtschaftsminister mit seiner Position der Deregulierung um jeden Preis gewesen war. Ich sehe damit jetzt die Chance, die Novelle zum Landesentwicklungsprogramm auf einen vernünftigen Kurs zu bringen.

Das politische Ziel zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern, das auch in die Bayerische Verfassung aufgenommen werden soll, bedeutet die Verwirklichung von Gerechtigkeit in allen Teilräumen Bayerns. Der Handlungsbedarf ist groß: Bayern ist das reichste Bundesland, aber auch das mit den größten regionalen Disparitäten. Prosperierende und strukturschwache Regionen entwickeln sich immer weiter auseinander - gemessen an den bedeutenden Indikatoren: Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter (Arbeitsplätze), Bruttoinlandsprodukt (Wirtschaftswachstum), Bevölkerungszahl (Abwanderung).

Gleichwertige Lebensverhältnisse aber bedeuten gleiche Chancen auf einen Arbeitsplatz, gute Bildung, Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, Gesundheitsversorgung, soziale Absicherung, unabhängig vom Wohnort. Gleiche Lebenschancen dürfen nicht von der „Gnade des richtigen Geburtsortes“ abhängen (z.B. leben die Menschen im Landkreis Wunsiedel durchschnittlich drei Jahre kürzer als im Landkreis Starnberg).

Für uns gilt: Landesplanung ist das wichtigste Instrument, um hier Ausgleich zu schaffen

Zum Thema:

§ **Annette Karl sieht nach Einschwenken von CSU und FDP Novelle zur Landesentwicklung auf gutem Weg. SPD-Linie mit einstimmigem Votum im Wirtschaftsausschuss voll bestätigt**
<http://www.bayernspd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14808>

§ **Gehen auf dem Land die Lichter aus? Landesplanung und Landesentwicklung am Scheideweg. 10 Punkte zum Entwurf des neuen Landesplanungsgesetzes**
<http://www.bayernspd-landtag.de/positionen/positionen.cfm?ID=14787>

5. SPD spannt Rettungsschirm für Pflege auf.

Bessere Rahmenbedingungen für pflegebedürftige Menschen schaffen. Neun Anträge im Landtag.

Die SPD-Landtagsfraktion startet eine Initiative zur Verbesserung der vielfach völlig unzureichenden Versorgung pflegebedürftiger Menschen. Pflege ist ein zentrales gesellschaftliches und politisches Problem, das auf allen Ebenen gelöst werden muss. Wir dürfen nicht zulassen, dass die, die am meisten auf Hilfe und gute Rahmenbedingungen angewiesen sind, am wenigsten Unterstützung bekommen. Im "Rettungsschirm für die Pflege" legt die SPD-Landtagsfraktion neun Anträge vor.

Die Themen sind:

- § Qualifizierte Erhebung des Fachkräftebedarfs in der Pflege.
- § Die Altenpflegeausbildung muss in Bayern für die Auszubildenden kostenfrei sein.
- § Staatliche Förderung von Modernisierung und Ersatzneubauten von Altenpflegeeinrichtungen.
- § Träger sollen die Möglichkeit bekommen, ihr Personal in ambulanten und stationären Einrichtungen flexibler einzusetzen.
- § Flächendeckend Pflegestützpunkte für Bayern. Der Ausbau der Einrichtungen zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger Menschen geht zu schleppend voran. Nach einer Erhebung von 2009 gibt es in Bayern neun Pflegestützpunkte. Ende 2010 hätten es bereits 60 sein sollen.
- § Einführung der solidarischen Pflege-Bürger-Versicherung. Keine Zwei-Klassen-Pflege.
- § Sofortige Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.
- § Einrichtung einer Hochschulfakultät für Pflegewissenschaften.
- § Mehr Transparenz. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sollen sich dann über die Qualität eines Heims informieren können.

Zum Thema:

- § **SPD spannt Rettungsschirm für Pflege auf.**
Bessere Rahmenbedingungen für pflegebedürftige Menschen schaffen.
<http://www.bayernspd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14805>
- § **Die Anträge der SPD-Landtagsfraktion (PDF)**
http://www.spd-landtag.de/download/120401Antr_Pflege.pdf
- § **SPD will pflegende Angehörigen entlasten**
Eckpunkte für eine gute Pflege in Bayern
<http://www.bayernspd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14471>

6. Oberpfalztag mit Christian Ude

Die Oberpfalz ist von der Randlage in die Mitte Europas gerückt. Nach einem schmerzlichen Strukturwandel im Bereich des produzierenden Gewerbes zeigt sich aktuell eine positive Entwicklung bei der Zahl der Erwerbstätigen und der Wirtschaftsleistung.

Die größten Potentiale der Oberpfalz liegen in ihrer gutausgebildeten Bevölkerung, dem guten Mix aus mittelständischen Betrieben, Global Players und Hidden Champions. Alles eingebettet in eine unverfälschte Natur mit einer besonderen Kulturlandschaft.

Zentrale Herausforderung für die Oberpfalz wird in den nächsten Jahren die rückläufige Bevölkerungsentwicklung, vor allem in der Nordoberpfalz sein.

Beim Oberpfalztag möchte die Oberpfälzer SPD mit Ihnen als örtliche Kompetenzträger gemeinsam mit dem designierten Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen 2013 Christian Ude über die Chancen und Potentiale in der Oberpfalz ins Gespräch kommen und Entwicklungsstrategien für die Oberpfalz diskutieren.



Redner sind Franz Schindler, SPD-Bezirksvorsitzender, Gerhard Ludwig, Vorsitzender des Industrie- und Handelskammergremiums, Alexander Gröbner, ver.di Oberpfalz, Josef Rewitzer, Kreisvorsitzender des Sozialverbandes VdK Weiden-Neustadt WN und Christian Ude. Unter der Leitung von Annette Karl findet im Anschluss eine offene Diskussion statt.

7. Antrittsbesuch beim neuen Kommandeur der US-Armee in Grafenwöhr

Die Folgen der durch das US-Verteidigungsministerium veränderten Rahmenbedingungen für die Stationierung der US- Streitkräfte in Europa auf Grafenwöhr und Hohenfels waren das Hauptthema des Gespräches zwischen dem neuen Kommandeur der US-Garnison in Grafenwöhr, Oberst James E. Saenz, und der SPD-Landtagsabgeordneten Annette Karl.

In dem konstruktiven Austausch betonte Karl die Wichtigkeit der Arbeitsplätze für deutsche Zivilangestellte bei der US-Armee in der Region. Die große Akzeptanz des Truppenübungsplatzes mit den damit zwangsläufig verbundenen Belastungen sei eng gekoppelt mit dem Arbeitsplatzangebot in der Region.

Oberst Saenz freute sich über den Besuch und erklärte, die veränderte Sicherheitslage in der Welt bedeute neue Strategien und Stationierungsschwerpunkte. Außerdem seien wie bei der Bundeswehr massive Sparanstrengungen nötig. Man sei sich der Wichtigkeit guter Beziehungen zu der gastgebenden Region sehr bewusst und versuche die Herausforderungen mit großer Transparenz und Einbindung aller Betroffenen anzugehen.

Er teilte die von Karl geäußerten Befürchtungen eines sich noch verstärkenden massiven Arbeitsplatzabbaus nicht und gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass am Agreement eines Beschäftigungsverhältnisses von 70:30 bezogen auf deutsche und US-Arbeitskräfte im Großen und Ganzen festgehalten werden würde.



Karl sah die Bayerische Staatsregierung in der Pflicht, hier zum Wohle der Arbeitnehmer unterstützend einzugreifen. "Die Kommunen können nicht mit der Aufgabe zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen allein gelassen werden. Sie sind dazu schlicht finanziell nicht in der Lage. Anderswo in der Region einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden, ist wegen der wirtschaftlichen Monostruktur in der Region schwierig." Karl könnte sich bei einer eventuell nötigen Transfergesellschaft die finanzielle Unterstützung durch die Staatsregierung vorstellen.

Oberst Saenz betonte noch einmal das Bemühen der Verantwortlichen den notwendigen Arbeitsplatzabbau sozial verträglich zu gestalten.

Oberst Saenz und Annette Karl beschlossen den gemeinsamen Gedankenaustausch in regelmäßigen Abständen fortzusetzen.

8. Kontaktdaten

So können Sie mich erreichen:

buergerbuero@annetekarl.de – www.annetekarl.de

Mein Abgeordnetenbüro im AWO-Haus in Neustadt a. d. Waldnaab
Am Vogelherd 2, 92660 Neustadt

Mein Team, Johanna Krauß, Thomas Döhler, Andreas Jung und Maria Sauer, ist unter der Telefonnummer 09602 - 2729 und per Fax unter 09602 – 3437 erreichbar.

9. ... zum Schluss

Wer waren die ersten drei Politiker? - Die Heiligen Drei Könige!

Sie legten die Arbeit nieder, zogen schöne Gewänder an und gingen auf Reisen.

10. Impressum

Herausgeber Annette Karl, MdL

Redaktion: Thomas Döhler

SPD-Abgeordnetenbüro
Am Vogelherd 2
92660 Neustadt a. d. Waldnaab

Datenschutz: Wir behandeln E-Mail-Adressen vertraulich. Sie werden nicht an Dritte weitergegeben oder für Werbemails verwendet.

Falls Sie meinen Abgeordnetenbrief in Zukunft nicht mehr erhalten wollen, senden Sie eine E-Mail mit dem Betreff „Löschen Versand Bürgerbrief“ an: buergerbuero@annetekarl.de